

## **Tätigkeit des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit in der 15. Wahlperiode**

Die Bundestagsausschüsse dienen der Vorbereitung der Verhandlungen des Bundestages. Als vorbereitende Beschlussorgane des Bundestages sind sie verpflichtet, diesem bestimmte Beschlüsse zu empfehlen, die sich jedoch nur auf die ihnen überwiesenen Vorlagen oder mit diesen in unmittelbarem Sachzusammenhang stehenden Fragen beziehen dürfen (§ 62 Abs. 1 Satz 2 der Geschäftsordnung des Bundestages – GO-BT). Darüber hinaus können sich die Ausschüsse auch mit anderen Fragen ihres Geschäftsbereichs befassen (§ 62 Abs. 1 Satz 3 GO-BT). Insofern einem Ausschuss eine Vorlage auf Grund ihrer ressortübergreifenden Thematik zur Mitberatung überwiesen wird, übermittelt er sein Votum dem jeweils federführenden Ausschuss.

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, kurz Umweltausschuss genannt, wurde auf der Grundlage eines gemeinsamen Antrags der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP (Drucksache 15/19) zu Beginn der 15. Legislaturperiode als ständiger Ausschuss des 15. Deutschen Bundestages eingesetzt. Ihm gehörten 33 Mitglieder an. Auf die Fraktion der SPD entfielen dreizehn Mitglieder, auf die Fraktion der CDU/CSU dreizehn Mitglieder, auf die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vier Mitglieder und auf die Fraktion der FDP drei Mitglieder des Ausschusses; dabei ist zu berücksichtigen, dass die Fraktion der SPD bei der Besetzung des Ausschusses einen ihr gemäß § 12 Satz 1 GO-BT zustehenden Sitz an die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgetreten hatte.

Als Vorsitzender des Umweltausschusses wurde der Abgeordnete Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker (Fraktion der SPD) bestimmt, als stellvertretender Vorsitzender der Abgeordnete Ulrich Petzold (Fraktion der CDU/CSU). Obleute des Umweltausschusses waren in der 15. Legislaturperiode die Abgeordneten Ulrike Mehl (Fraktion der SPD), Georg Girisch (Fraktion der CDU/CSU), Winfried Hermann (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Birgit Homburger (Fraktion der FDP). Die Arbeit des Ausschusses wurde in fachlicher und organisatorischer Hinsicht durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der einzelnen im Ausschuss vertretenen Fraktionen sowie durch das Ausschussesekretariat unterstützt.

Der Umweltausschuss war für die Aufgabengebiete federführend zuständig, die in den Kompetenzbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit fielen. Im Wesentlichen oblag ihm daher die federführende Zuständigkeit für bundesrechtlich zu regelnde Aufgabenstellungen des Natur- und Biotopschutzes, der Umweltverträglichkeitsprüfung, des Umweltinformationsrechts, des produktbezogenen Umweltschutzes, des anlagen- und gebietsbezogenen Immissionsschutzes und der Luftreinhaltung, des Bodenschutzes, des Gewässer- und vorbeugenden Hochwasserschutzes, der Vermeidung, Verwertung und Beseitigung von Abfällen, der Altlastensanierung, der Stoffbewertung und Chemikaliensicherheit, der Sicherheit kerntechnischer Einrichtungen, des Strahlenschutzes, der nuklearen Ver- und Entsorgung, des Klimaschutzes sowie des Einsatzes erneuerbarer Energien und dessen Förderung.

Insgesamt hat der Umweltausschuss in der 15. Wahlperiode 68 Sitzungen durchgeführt, hierunter 55 nichtöffentliche Ausschusssitzungen, 2 öffentliche Ausschusssitzungen und 11 öffentliche Anhörungssitzungen. Die konstituierende Sitzung fand am 6. November 2002, die

letzte Sitzung am 29. Juni 2005 statt. Eine öffentliche Ausschusssitzung wurde am Sitz des Umweltbundesamtes in Dessau und damit außerhalb des ständigen Sitzungsortes des Bundestages durchgeführt. Im Regelfall hat der Ausschuss in den Sitzungswochen mittwochs zwischen 9:30 Uhr und 13:00 Uhr getagt. Den Ausschusssitzungen ging üblicherweise ein Obleutegespräch unter der Leitung des Vorsitzenden voraus.

Der Umweltausschuss hat in der 15. Wahlperiode 351 ihm als Bundestagsdrucksache überwiesene Vorlagen beraten, hierunter 84 Gesetzentwürfe (federführend: 28, mitberatend: 56), 159 Anträge (federführend: 34, mitberatend: 125), 8 Entschließungsanträge (alle zur Mitberatung überwiesen), 73 Unterrichtungen durch die Bundesregierung (federführend: 19, mitberatend: 54), 17 Rechtsverordnungen der Bundesregierung (alle zur federführenden Beratung überwiesen) und 10 Berichte nach §§ 56, 56a GO-BT (federführend: 2, mitberatend: 8). Beratungsgegenstand waren ferner insgesamt 322 EU-Vorlagen, die dem Umweltausschuss federführend oder zur Mitberatung überwiesen wurden; hierbei handelte es sich um 288 Ratsdokumente (federführend: 135, mitberatend: 153) sowie um 34 Unterrichtungen durch das Europäische Parlament über angenommene Entschließungen (federführend: 15, mitberatend: 19). Zu den ihm in der 15. Wahlperiode zur federführenden Beratung überwiesenen Vorlagen hat der Umweltausschuss dem Plenum 71 Beschlussempfehlungen mit Bericht vorgelegt; in Einzelfällen wurden dem Plenum die Beschlussempfehlung und der Bericht über die Beratung der Vorlage separat zugeleitet.

Die zur federführenden Beratung überwiesenen Vorlagen wiesen entsprechend dem Zuständigkeitsbereich des Umweltausschusses eine große inhaltliche Bandbreite auf. Im Vordergrund standen hierbei folgende Themenbereiche:

#### Erneuerbare Energien, Klimaschutz, Treibhausgas-Emissionshandel, u. a. mit den Vorlagen

- Gesetzentwurf der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes – Drs. 15/810 – und gleich lautender Gesetzentwurf der Bundesregierung – Drs. 15/1067 – (12. Sitzung am 7. Mai 2003: Anberatung, 13. Sitzung am 19. Mai 2003: öffentliche Anhörung, 15. Sitzung am 4. Juni 2003: abschließende Beratung, Beschlussempfehlung und Bericht: Drs. 15/1121),
- Gesetzentwurf der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) – Drs. 15/1974 – (26. Sitzung am 25. November 2003, Beschlussempfehlung und Bericht: Drs. 15/2084),
- Gesetzentwurf der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Entwurf eines Gesetzes über den Handel mit Berechtigungen zur Emission von Treibhausgasen (Treibhausgas-Emissionshandelsgesetz – TEHG) – Drs. 15/2328 – und gleich lautender Gesetzentwurf der Bundesregierung – Drs. 15/2540 – (30. Sitzung am 9. Februar 2004: öffentliche Anhörung, 32. Sitzung am 3. März 2004 und 34. Sitzung am 10. März 2004: Beratung der Gesetzentwürfe, Beschlussempfehlung: Drs. 15/2681, Bericht: Drs. 15/2693),
- Gesetzentwurf der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung des Rechts der Erneuerbaren Energien im Strombereich – Drs. 15/2327 – und gleich lautender Gesetzentwurf der Bundesregierung – Drs. 15/2539, 15/2593 – (33. Sitzung am 8. März 2004: öffentliche Anhörung, 36. Sitzung am 31. März 2004: Beratung der Gesetzentwürfe, Beschlussempfehlung: Drs. 15/2845, Bericht: Drs. 15/2864),

- Gesetzentwurf der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Entwurf eines Gesetzes über den Nationalen Zuteilungsplan für Treibhausgas-Emissionsberechtigungen in der Zuteilungsperiode 2005 bis 2007 (Zuteilungsgesetz – NAPG) – Drs. 15/2966 – (38. Sitzung am 5. Mai 2004: Anberatung des Gesetzentwurfs, 39. Sitzung am 24. Mai 2004: öffentliche Anhörung, 40. Sitzung am 26. Mai 2004: abschließende Beratung des Gesetzentwurfs, Beschlussempfehlung: Drs. 15/3224, Bericht: Drs. 15/3237),
- Gesetzentwurf der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Entwurf eines Gesetzes zur Einführung der projektbezogenen Mechanismen nach dem Protokoll von Kyoto zum Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen vom 11. Dezember 1997 und zur Umsetzung der Richtlinie 2004/101/EG – Drs. 15/5447 – (66. Sitzung am 1. Juni 2005 und 68. Sitzung am 29. Juni 2005, Beschlussempfehlung: Drs. 15/5844, Bericht: Drs. 15/5881),
- Verordnung der Bundesregierung, Entwurf einer Ersten Verordnung zur Änderung der Biomasseverordnung – Drs. 15/5666 – (68. Sitzung am 29. Juni 2005, Beschlussempfehlung und Bericht: Drs. 15/5867),
- Antrag der Fraktion der CDU/CSU, Mehr Kosteneffizienz im Klimaschutz durch verstärkte Nutzung der projektbezogenen Kyoto-Mechanismen – Drs. 15/1690 – (28. Sitzung am 14. Januar 2004, Beschlussempfehlung und Bericht: Drs. 15/2803),
- Antrag der Fraktion der CDU/CSU, Nationalen Allokationsplan als Parlamentsgesetz gestalten – Drs. 15/1791 – (28. Sitzung am 14. Januar 2004, Beschlussempfehlung und Bericht: Drs. 15/2533),
- Antrag der Fraktion der FDP, Perspektiven für eine marktwirtschaftliche Förderung erneuerbarer Energien – Drs. 15/1813 – (37. Sitzung am 28. April 2004, Beschlussempfehlung und Bericht: Drs. 15/3123);

#### Abfallwirtschaft, Recycling, Bepfandung von Getränkeverpackungen, u. a. mit den Vorlagen

- Gesetzentwurf der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Entwurf eines Gesetzes über das Inverkehrbringen, die Rücknahme und die umweltverträgliche Entsorgung von Elektro- und Elektronikgeräten (Elektro- und Elektronikgerätegesetz – ElektroG) – Drs. 15/3930 – und gleich lautender Gesetzentwurf der Bundesregierung – Drs. 15/4234 – (53. Sitzung am 24. November 2004: öffentliche Anhörung, 57. Sitzung am 19. Januar 2005: Beratung der Gesetzentwürfe [gemeinsam mit Antrag der Fraktion der FDP auf Drs. 15/3950], Beschlussempfehlung: Drs. 15/4666, Bericht: Drs. 15/4679),
- Gesetzentwurf der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Abfallverbringungsgesetzes sowie zur Auflösung und Abwicklung der Anstalt Solidarfonds Abfallrückführung – Drs. 15/5243 – und gleich lautender Gesetzentwurf der Bundesregierung – Drs. 15/5523 – (67. Sitzung am 15. Juni 2005, Beschlussempfehlung und Bericht: Drs. 15/5726),
- Verordnung der Bundesregierung, Dritte Verordnung zur Änderung der Verpackungsverordnung
  - Drs. 15/1179: 18. Sitzung am 2. Juli 2003: öffentliche Anhörung, 19. Sitzung am 2. Juli 2003 und 20. Sitzung am 4. Juli 2003: Beratung, Beschlussempfehlung und Bericht: Drs. 15/1343,
  - Drs. 15/4107: 52. Sitzung am 23. November 2004, Beschlussempfehlung: Drs. 15/4248, Bericht: Drs. 15/4266,
  - Drs. 15/4642: 57. Sitzung am 19. Januar 2005, Beschlussempfehlung und Bericht: Drs. 15/4674,

- Verordnung der Bundesregierung, Vierte Verordnung zur Änderung der Verpackungsverordnung – Drs. 15/5540 – (67. Sitzung am 15. Juni 2005, Beschlussempfehlung und Bericht: Drs. 15/5788),
- Verordnung der Bundesregierung, Verordnung zur Änderung der Versatzverordnung und zur Zweiten Änderung der Deponieverordnung – Drs. 15/2814 – (37. Sitzung am 28. April 2004, Beschlussempfehlung und Bericht: Drs. 15/3141),
- Verordnung der Bundesregierung, Verordnung über die Verwertung von Abfällen auf Deponien über Tage (Deponieverwertungsverordnung – DepVerwV) – Drs. 15/4238 – (54. Sitzung am 1. Dezember 2004, Beschlussempfehlung und Bericht: Drs. 15/4488),
- Verordnung der Bundesregierung, Verordnung über die Verwertung von Abfällen auf Deponien über Tage und zur Änderung der Gewerbeabfallverordnung – Drs. 15/5542 – (67. Sitzung am 15. Juni 2005, Beschlussempfehlung und Bericht: Drs. 15/5748),
- Verordnung der Bundesregierung, Erste Verordnung zur Änderung der Altfahrzeug-Verordnung – Drs. 15/5541 – (67. Sitzung am 15. Juni 2005, Beschlussempfehlung und Bericht: Drs. 15/5787),
- Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Verbringung von Abfällen, KOM (2003) 379 endg., Ratsdok. 11145/03 (28. Sitzung am 14. Januar 2004 und 31. Sitzung am 11. Februar 2004, Verabschiedung einer interfraktionellen Entschließung, Beschlussempfehlung und Bericht: Drs. 15/2957),
- Antrag der Fraktion der FDP, Ökologisch sinnvolle und effiziente Alternativen zum Zwangspfand auf Getränkeverpackungen – Drs. 15/315 – (9. Sitzung am 12. März 2003, Beschlussempfehlung und Bericht: Drs. 15/729),
- Antrag der Fraktion der FDP, Entsorgung von Gewerbeabfall unbürokratisch und einfach gestalten – Drs. 15/2010 – (43. Sitzung am 30. Juni 2004, Beschlussempfehlung und Bericht: 15/3757),
- Antrag der Fraktion der FDP, Mülltrennung vereinfachen – Haushalte entlasten – Drs. 15/2193 – (55. Sitzung am 1. Dezember 2004: öffentliche Anhörung, 56. Sitzung am 15. Dezember 2004: abschließende Beratung, Beschlussempfehlung und Bericht: Drs. 15/4786);

#### Chemikaliensicherheit, EU-Chemikalienpolitik, u. a. mit den Vorlagen

- Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über Detergenzien, KOM (2002) 485 endg., Ratsdok. 12319/02 (9. Sitzung am 12. März 2003, Verabschiedung einer Entschließung, Beschlussempfehlung und Bericht: Drs. 15/736),
- Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Arsen, Kadmium, Quecksilber, Nickel und polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe in der Luft, KOM (2003) 423 endg., Ratsdok. 11645/03 (29. Sitzung am 28. Januar 2004, Verabschiedung einer Entschließung, Beschlussempfehlung und Bericht: Drs. 15/2958),
- Antrag der Fraktion der CDU/CSU, Strategie für eine nachhaltige Chemiepolitik in Deutschland und Europa – Drs. 15/1356 – und Antrag der Fraktion der FDP, Leistungsfähigkeit der deutschen Chemiewirtschaft im europäischen Rahmen sichern – Drs. 15/1332 – (gemeinsame Beratung beider Anträge in der 27. Sitzung am 10. Dezember 2003, Beschlussempfehlung und Bericht: 15/2775),
- Antrag der Fraktion der CDU/CSU, Tierversuche in der europäischen Chemikaliengesetzgebung auf ein Minimum begrenzen – Drs. 15/1982 –

(38. Sitzung am 5. Mai 2004, Beschlussempfehlung und Bericht: Drs. 15/3261),

- Antrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Eine nachhaltige Chemiepolitik in Europa – Innovationen fördern, Umwelt und Gesundheit schützen und Verbraucherschutz stärken – Drs. 15/2666 – und  
Antrag der Fraktion der CDU/CSU, Unabhängige Folgenabschätzung der neuen EU-Chemikalienpolitik – Drs. 15/2654 –  
(gemeinsame Beratung beider Anträge in der 38. Sitzung am 5. Mai 2004, Beschlussempfehlung und Bericht: Drs. 15/3381),
- Antrag der Fraktion der CDU/CSU, REACH als Chance für einen Paradigmenwechsel nutzen – Alternativmethoden statt Tierversuche – Drs. 15/4656 –  
(62. Sitzung am 16. März 2005 und 67. Sitzung am 15. Juni 2005, Beschlussempfehlung und Bericht: Drs. 15/5720),
- Antrag der Fraktion der FDP, Leistungsfähigkeit der Chemiewirtschaft in Deutschland und Europa erhalten – Drs. 15/5274 –  
(67. Sitzung am 15. Juni 2005, Beschlussempfehlung und Bericht: Drs. 15/5747),
- Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe (REACH) ...  
KOM (2003) 644 endg. (inkl. ADD 1 bis ADD 6), Ratsdok. 15409/03  
(Beratung der Vorlage in der 44. Sitzung am 22. September 2004, der 49. Sitzung am 8. November 2004 (öffentliche Anhörung) und der 62. Sitzung am 16. März 2005);

#### Luftreinhaltung, Immissionsschutz, u. a. mit den Vorlagen

- Verordnung der Bundesregierung, Verordnung zur Änderung der Verordnung über Verbrennungsanlagen für Abfälle und ähnliche brennbare Stoffe und weiterer Verordnungen zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes  
- Drs. 15/14: 4. Sitzung, 18. Dezember 2002, Beschlussempfng. und Bericht: Drs. 15/229,  
- Drs. 15/947: 15. Sitzung, 4. Juni 2003, Beschlussempfehlung und Bericht: 15/1173,
- Verordnung der Bundesregierung, Dreizehnte Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über Großfeuerungs- und Gasturbinenanlagen – 13. BImSchV)  
- Drs. 15/1074: 16. Sitzung, 25. Juni 2003, Beschlussempfehlung und Bericht: 15/1281,  
- Drs. 15/2596: 35. Sitzung, 24. März 2004, Beschlussempfehlung und Bericht: 15/2802,  
- Drs. 15/3420: 43. Sitzung, 30. Juni 2004, Beschlussempfehlung und Bericht: 15/3456,
- Verordnung der Bundesregierung, Verordnung zur Umsetzung EG-rechtlicher Vorschriften, zur Novellierung der Zweiundzwanzigsten Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über Immissionswerte über Schadstoffe in der Luft – 22. BImSchV) und zur Aufhebung der Dreiundzwanzigsten Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über die Festlegung von Konzentrationswerten – 23. BImSchV)  
- Drs. 15/1178: 17. Sitzung, 2. Juli 2003, Beschlussempfehlung und Bericht: 15/1351,  
- Drs. 15/2407: 34. Sitzung, 10. März 2004, Beschlussempfehlung und Bericht: 15/2682;

#### Strahlenschutz, Sicherheit von Nuklearanlagen, nukleare Entsorgung, u. a. mit den Vorlagen

- Gesetzentwurf der Bundesregierung, Entwurf eines Gesetzes zur Kontrolle hochradioaktiver Strahlenquellen – Drs. 15/5284 (66. Sitzung am 1. Juni 2005 und 67. Sitzung am 15. Juni 2005, Beschlussempfehlung und Bericht: Drs. 15/5719),
- Antrag der Fraktion der CDU/CSU, Keine weitere Verzögerung in der Frage der Entsorgung nuklearer Abfälle – Drs. 15/3492 –

(56. Sitzung am 15. Dezember 2004, Beschlussempfehlung und Bericht: Drs. 15/4889),

- Unterrichtung durch die Bundesregierung, Umweltradioaktivität und Strahlenbelastung  
- im Jahr 2001, Drs. 14/9995 (4. Sitzung am 18. Dezember 2002),  
- im Jahr 2002, Drs. 15/1660 (28. Sitzung am 14. Januar 2004),  
- im Jahr 2003, Drs. 15/3889 (58. Sitzung am 26. Januar 2005);

#### Hochwasser- und Gewässerschutz, u. a. mit den Vorlagen

- Gesetzentwurf der Bundesregierung, Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung des vorbeugenden Hochwasserschutzes – Drsn. 15/3168, 15/3214 –  
(42. Sitzung am 21. Juni 2004: öffentliche Anhörung, 43. Sitzung am 30. Juni 2004: abschließende Beratung, Beschlussempfehlung: Drs. 15/3455, Bericht: Drs. 15/3510),
- Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zum Schutz des Grundwassers vor Verschmutzung, KOM (2003) 550 endg., Ratsdok. 12985/03  
(31. Sitzung am 11. Februar 2004, 35. Sitzung am 24. März 2004, Verabschiedung einer interfraktionellen EntschlieÙung, Beschlussempfehlung und Bericht: Drs. 15/3138),
- Antrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Den Flüssen mehr Raum geben – Ökologische Hochwasservorsorge durch integriertes Flussgebietsmanagement – Drs. 15/1319 –,  
Antrag der Fraktion der CDU/CSU, Vorsorgender Hochwasserschutz im Binnenland – Drs. 15/1561 – sowie  
Antrag der Fraktion der FDP, Hochwasserschutz – Solidarität erhalten, Eigenverantwortung stärken – Drs. 15/1334 –  
(gemeinsame Beratung der drei Anträge in der 23. Sitzung am 22. Oktober 2003, Beschlussempfehlung und Bericht: Drs. 15/2118);

#### Lärmschutz, u. a. mit den Vorlagen

- Gesetzentwurf der Bundesregierung, Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der EG-Richtlinie über die Bewertung und Bekämpfung von Umgebungslärm – Drsn. 15/3782, 15/3921 –  
(47. Sitzung am 20. Oktober 2004, Beschlussempfehlung und Bericht: Drs. 15/4024),
- Antrag der Fraktion der FDP, Lärmschutz ist Gesundheitsschutz – Fluglärngesetz jetzt modernisieren – Drs. 15/2862 –  
(62. Sitzung am 16. März 2005, Beschlussempfehlung und Bericht: 15/5398);

#### Naturschutzpolitik, u. a. mit den Vorlagen

- Gesetzentwurf des Bundesrates, Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes – Drs. 15/776 –  
(31. Sitzung am 11. Februar 2004, Beschlussempfehlung und Bericht: Drs. 15/2956),
- Unterrichtung durch die Bundesregierung, Sondergutachten des Rates von Sachverständigen für Umweltfragen: Für eine Stärkung und Neuorientierung des Naturschutzes – Drs. 14/9852 – (Beratung der Vorlage in der 8. Sitzung am 19. Februar 2003 im Rahmen einer gemeinsamen Aussprache mit Mitgliedern des Rates),
- Antrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Naturschutz geht uns alle an – Akzeptanz und Integration des Naturschutzes in andere Politikfelder weiter stärken – Drs. 15/1318 –  
(23. Sitzung am 22. Oktober 2003, Beschlussempfehlung und Bericht: Drs. 15/2053),

- Antrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Grünes Band als einzigartigen Biotopverbund und als Erinnerungsstätte der deutschen Teilung sichern – Drs. 15/3454 – (48. Sitzung am 27. Oktober 2004, Beschlussempfehlung und Bericht: Drs. 15/4220),
- Antrag der Fraktion der CDU/CSU, Naturschutz im Miteinander von Mensch, Tier, Umwelt und wirtschaftlicher Entwicklung – Drs. 15/2467 – (44. Sitzung am 22. September 2004, Beschlussempfehlung und Bericht: Drs. 15/4018);

#### fachübergreifendes Umweltrecht, u. a. mit den Vorlagen

- Gesetzentwurf des Bundesrates, Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung – Drs. 15/1497 – (23. Sitzung am 22. Oktober 2003, Beschlussempfehlung und Bericht: Drs. 15/1955),
- Gesetzentwurf der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Entwurf eines Gesetzes zur Einführung einer Strategischen Umweltprüfung und zur Umsetzung der Richtlinie 2001/42/EG (SUPG) – Drs. 15/3441 – und gleich lautender Gesetzentwurf der Bundesregierung – Drsn. 15/4119, 15/4236 – (46. Sitzung am 29. September 2004: öffentliche Anhörung, 56. Sitzung am 15. Dezember 2004: abschließende Beratung der Gesetzentwürfe, Beschlussempfehlung: Drs. 15/4501, Bericht: Drs. 15/4540),
- Gesetzentwurf der Bundesregierung, Entwurf eines Gesetzes zur Neugestaltung des UIG [Umweltinformationsgesetz] – Drsn. 15/3406, 15/3680 – (50. Sitzung am 10. November 2004, Beschlussempfehlung und Bericht: Drs. 15/4243),
- Gesetzentwurf der Bundesregierung, Entwurf eines Gesetzes zur Straffung der Umweltstatistik – Drs. 15/5538 – (68. Sitzung am 29. Juni 2005, Beschlussempfehlung und Bericht: Drs. 15/5848);

#### fachübergreifende Umweltpolitik, u. a. mit den Vorlagen

- Unterrichtung durch die Bundesregierung, Sondergutachten des Rates von Sachverständigen für Umweltfragen: Meeresumweltschutz für Nord- und Ostsee – Drs. 15/2626 – (Beratung der Vorlage in der 43. Sitzung am 30. Juni 2004 und im Rahmen einer gemeinsamen Aussprache mit Mitgliedern des Rates in der 47. Sitzung am 20. Oktober 2004),
- Unterrichtung durch die Bundesregierung, Umweltgutachten 2004 des Rates von Sachverständigen für Umweltfragen: Umweltpolitische Handlungsfähigkeit sichern – Drs. 15/3600 – (Beratung der Vorlage im Rahmen einer gemeinsamen Aussprache mit Mitgliedern des Rates in der 50. Sitzung am 10. November 2004),
- Arbeitsdokument der Kommission: Einbeziehung von Umweltbelangen in andere politische Bereiche – eine Bestandsaufnahme des Cardiff-Prozesses, KOM (2004) 394 endg., Ratsdok. 10251/04 (50. Sitzung am 10. November 2004, Verabschiedung einer interfraktionellen Entschließung, Beschlussempfehlung und Bericht: Drs. 15/4471),
- Unterrichtung durch die Bundesregierung, Bericht der Bundesregierung über die Perspektiven für Deutschland – Nationale Strategie für eine nachhaltige Entwicklung – Fortschrittsbericht 2004 – Drs. 15/4100 – (60. Sitzung am 23. Februar 2005 und 62. Sitzung am 16. März 2005, Verabschiedung einer interfraktionellen Entschließung, Beschlussempfehlung und Bericht: Drs. 15/5399).

Die dem Umweltausschuss zur Mitberatung überwiesenen Vorlagen lagen hauptsächlich in der federführenden Zuständigkeit folgender Ausschüsse:

1. Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit, im Wesentlichen mit den Themenbereichen
  - Energiebinnenmarkt,
  - grundsätzliche Ausrichtung der Energiepolitik, insbesondere unter dem Gesichtspunkt des Wirtschaftsstandortes Deutschland,
  - Neuregelung des Energiewirtschaftsrechts,
  - Förderung des Exports von Technologien zur Nutzung erneuerbarer Energien,
  - Abbau bürokratischer Hemmnisse in Wirtschaft und Verwaltung,
  - Berichterstattung zur wirtschaftlichen Entwicklung (insbesondere hinsichtlich der energie- und umweltpolitisch relevanten Bereiche);
2. Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, im Wesentlichen mit den Themenbereichen
  - Neuordnung des Gentechnikrechts, Nutzung der „grünen Gentechnik“,
  - Schutz biotechnologischer Erfindungen, Umsetzung der EU-Biopatentrichtlinie,
  - Agrarpolitik der Bundesregierung, ökologische Agrarreform,
  - Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“,
  - Pflanzenschutz, Tierschutz,
  - Berichterstattung der Bundesregierung über den Waldzustand, Förderung einer naturnahen nachhaltigen Waldbewirtschaftung, Schutz der Tropenwälder,
  - Verbraucherschutz, insbesondere im Bereich der Agrar- und Ernährungswirtschaft;
3. Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, im Wesentlichen mit den Themenbereichen
  - Bundesverkehrswegeplan, Novellierung des Verkehrswegeplanungsbeschleunigungsgesetzes,
  - Berichterstattung der Bundesregierung zur Entwicklung des Straßenbaus und des Schienenverkehrs, Bundesgesetzgebung zum Straßen- und Schienenwegeausbau,
  - Berichterstattung der Bundesregierung über die Entwicklung des Radverkehrs, Förderung des Radverkehrs, Nationaler Radverkehrsplan,
  - Verbesserung der Sicherheit im Seeverkehr, Ausbau des Küstenschutzes,
  - Steigerung der Energieeffizienz in Gebäuden, Einführung eines Energiepasses;
4. Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, im Wesentlichen mit den Themenbereichen
  - Technikfolgenabschätzung (hierzu mehrere Berichte des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung gemäß § 56 a GO-BT),
  - technologische Leistungsfähigkeit Deutschlands, Forschungsstandort Deutschland,
  - Forschungspolitik der Bundesregierung,
  - Energietechnologieforschung, insbesondere in den Feldern Kernfusion, Energieübertragung und Energiespeicherung.

Weitere zur Mitberatung überwiesene Vorlagen betrafen u. a. die federführende Zuständigkeit des Finanzausschusses (insbesondere Energiebesteuerung und Fortentwicklung der ökologischen Steuerreform), des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (u. a. internationale Zusammenarbeit hinsichtlich des Einsatzes erneuerbarer Energien), des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union (insbesondere EU-Verfassung) und des Ausschusses für Tourismus (insbesondere umwelt- und naturverträgliche Gestaltung des Tourismus). Ferner hat sich der Umweltausschuss gutachtlich an der

Beratung des jeweiligen Gesetzentwurfs zur Feststellung des Bundeshaushaltsplans beteiligt; im Vordergrund stand hierbei die Beratung des jeweiligen Einzelplans 16 (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit).

Über die Beratung überwiesener Vorlagen hinaus hat sich der Umweltausschuss in vielfältiger Weise mit weiteren Fragestellungen aus seinem Geschäftsbereich befasst. In diese Kategorie der Ausschusstätigkeit fielen u. a. Aussprachen mit dem Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Jürgen Trittin, MdB, über

- die Perspektiven der Umweltpolitik der Bundesregierung in der 15. Wahlperiode (3. Sitzung am 13. November 2002),
- die von der Bundesregierung vorgesehenen Regelungen für ein Treibhausgas-Emissionshandelsgesetz (22. Sitzung am 15. Oktober 2003),
- die Überlegungen und Strategien der Bundesregierung zur Weiterentwicklung des Kyoto-Protokolls und die Probleme beim Start des Emissionshandels (58. Sitzung am 26. Januar 2005) sowie über
- die Probleme und Lösungsstrategien bei der Umsetzung der einschlägigen EU-rechtlichen Bestimmungen zur Feinstaubproblematik (63. Sitzung am 13. April 2005, zusammen mit dem Bayerischen Staatsminister für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz, Dr. Werner Schnappauf, MdL, der Ministerin für Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz in Nordrhein-Westfalen, Bärbel Höhn, MdL, und dem Präsidenten des Umweltbundesamtes, Prof. Dr. Andreas Troge).

Ferner fand – auf der Grundlage entsprechender Berichtsansforderungen des Ausschusses – eine kontinuierliche Berichterstattung durch das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (bzw. durch ihm nachgeordnete Behörden) über aktuelle umweltpolitische Fragestellungen und Entwicklungen statt. Sie richtete sich u. a. auf

- die geänderte Kompetenzaufteilung innerhalb der Bundesregierung hinsichtlich der Gesetzgebung zu den erneuerbaren Energien (7. Sitzung am 12. Februar 2003),
- die Einführung des Handels mit Treibhausgas-Emissionsberechtigungen: geplante Gesetzgebung, Nationaler Allokationsplan, Verfahrensstand bei der Zuteilung der Emissionsberechtigungen (insbesondere 28. Sitzung am 14. Januar 2004, 32. Sitzung am 3. März 2004, 34. Sitzung am 10. März 2004, 35. Sitzung am 24. März 2004, 37. Sitzung am 28. April 2004, 47. Sitzung am 20. Oktober 2004),
- die Novellierung der Verpackungsverordnung mit dem Ziel, ein Pflichtpfand auf bestimmte Getränkeverpackungen einzuführen (4. Sitzung am 18. Dezember 2002, 9. Sitzung am 12. März 2003, 21. Sitzung am 24. September 2003, 23. Sitzung am 22. Oktober 2003),
- die Politik der Bundesregierung bezüglich der Sicherheit kerntechnischer Einrichtungen, des Strahlenschutzes und der Entsorgung radioaktiver Abfälle [hierunter: Umsetzung der Ergebnisse des Arbeitskreises Auswahlverfahren Endlagerstandorte (AKEnd)] (5. Sitzung am 15. Januar 2003, 27. Sitzung am 10. Dezember 2003, 32. Sitzung am 3. März 2004, 44. Sitzung am 22. September 2004, 56. Sitzung am 15. Dezember 2004, 68. Sitzung am 29. Juni 2005),
- die Überlegungen der Bundesregierung zur Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (25. Sitzung am 12. November 2003),
- die Vorbereitung eines Gesetzentwurfs der Bundesregierung zum vorbeugenden Hochwasserschutz (27. Sitzung am 10. Dezember 2003),

- die geplante Neufassung des EU-Chemikalienrechts (31. Sitzung am 11. Februar 2004),
- die Überlegungen der Gemeinsamen Kommission von Bundestag und Bundesrat zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung (Föderalismuskommission) im Hinblick auf eine Reform des Umweltrechts (48. Sitzung am 27. Oktober 2004),
- die Ergebnisse internationaler Konferenzen zum Klima- und Umweltschutz wie der 8., 9. und 10. Vertragsstaatenkonferenz zur UN-Klimarahmenkonvention, der 7. Vertragsstaatenkonferenz zum UN-Übereinkommen über die biologische Vielfalt (CBD), der 1. Vertragsstaatenkonferenz zum Cartagena-Protokoll über die biologische Sicherheit zum UN-Übereinkommen über die biologische Vielfalt sowie der 13. Vertragsstaatenkonferenz zum Washingtoner Artenschutzübereinkommen (CITES),
- die Vorbereitungen der Bundesregierung zur Internationalen Konferenz für Erneuerbare Energien (Renewables 2004) vom 1. Juni bis 4. Juni 2004 in Bonn (10. Sitzung am 2. April 2003, 35. Sitzung am 24. März 2004) sowie
- die Sitzungen des EU-Ministerrates (Umwelt), zu denen eine regelmäßige Vor- und Nachberichterstattung von Seiten der Bundesregierung stattfand.

Darüber hinaus hat der Unterausschuss im Rahmen seiner geschäftsordnungsrechtlich gegebenen Möglichkeiten, sich mit Sachverhalten aus seinem Geschäftsbereich selbst zu befassen, mehrere Expertengespräche und Aussprachen zu speziellen umweltpolitischen Fragestellungen durchgeführt, hierunter mit

- Mitarbeitern der Prognos AG und der Forschungsstelle für Umweltpolitik an der Freien Universität Berlin zu den ökonomischen und ökologischen Auswirkungen einer Pfandpflicht auf bestimmte Getränkeverpackungen (23. Sitzung am 22. Oktober 2003),
- Vertretern der Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit GmbH (GTZ) zu den Aktivitäten dieses Consulting-Unternehmens des Bundes im Bereich des Klima- und Umweltschutzes,
- dem Präsidenten des Bundesamtes für Naturschutz über aktuelle Fragen, Entwicklungen und Probleme des Naturschutzes (44. Sitzung am 22. September 2004),
- dem Präsidenten des Umweltbundesamtes über die Perspektiven der Arbeit des Umweltbundesamtes (57. Sitzung am 19. Januar 2005),
- dem Geschäftsführer der Deutsche Energie-Agentur GmbH (dena) über die dena-Netzstudie (61. Sitzung am 9. März 2005),
- Sachverständigen des GSF-Forschungszentrums für Umwelt und Gesundheit in der Helmholtz-Gesellschaft, des Fraunhofer Instituts für Toxologie und Experimentelle Medizin (ITEM) sowie der Universität Göttingen zum Thema „Gesundheitsgefährdung durch Feinstaub“ (65. Sitzung am 11. Mai 2005 in Dessau) sowie
- dem Präsidenten des Bundesamtes für Strahlenschutz zum Stand der Mobilfunkforschung (66. Sitzung am 1. Juni 2005).

Wie bereits in den vorangehenden Legislaturperioden hat der Unterausschuss auch in der 15. Wahlperiode großen Wert auf die Pflege des internationalen Erfahrungsaustausches in seinem Geschäftsbereich gelegt. Rechnung getragen wurde diesem Anliegen insbesondere durch Delegationsreisen des Ausschusses in das Ausland, die Teilnahme einzelner Ausschussmitglieder an internationalen Fachkonferenzen sowie durch fachliche Gespräche des Ausschusses mit ausländischen Delegationen und Einzelgästen. Der internationale Erfahrungsaustausch erstreckte sich u. a. auf folgende Einzelaktivitäten:

- Aussprache mit Frau Margot Wallström, Mitglied der Europäischen Kommission, zu aktuellen Problemen der europäischen Umweltpolitik (2. Sitzung am 7. November 2002),
- Empfang einer Delegation der Russischen Staatsduma vom 28. bis 30. Januar 2003 in Berlin (neun Delegationsteilnehmer, thematischer Schwerpunkt des Besuchsprogramms für die russischen Gäste: umwelt- und wirtschaftspolitischer Nutzen eines Inkrafttretens des Protokolls von Kyoto, gemeinsame Ausschusssitzung mit der Delegation der russischen Staatsduma am 29. Januar 2003),
- Teilnahme von zwei Mitgliedern des Umweltausschusses an einer Konferenz der Umweltausschüsse der nationalen Parlamente der EU-Mitgliedsstaaten, der EU-Beitrittsstaaten und des Europäischen Parlaments vom 29. Mai bis 1. Juni 2003 in Athen (thematischer Schwerpunkt: Verbesserung der parlamentarischen Abstimmung der immer stärker durch europäische Vorgaben geprägten nationalen Umweltpolitiken),
- Berichterstatteureise von zwei Mitgliedern des Umweltausschusses nach Polen vom 16. bis 19. Mai 2003 (thematische Schwerpunkte: Natur- und Artenschutz sowie Bemühungen um eine ökologisch orientierte, nachhaltige Waldbewirtschaftung in Polen im Vorfeld des EU-Beitritts am Beispiel der Naturlandschaften im Umfeld von Stettin/Szczecin),
- Delegationsreise des Umweltausschusses nach Estland und Lettland vom 9. bis 13. Juni 2003 (sechs Delegationsteilnehmer, thematische Schwerpunkte: Stand der Vorbereitung beider Staaten auf den EU-Beitritt in umweltpolitischer Hinsicht, Bemühungen zum Aufbau einer klima- und umweltschonenden Energieversorgung, Förderung erneuerbarer Energien, Gewässer- und Bodenschutz),
- Empfang einer Delegation des Umweltausschusses der Ungarischen Nationalversammlung vom 23. bis 26. September 2003 in Berlin (fünf Delegationsteilnehmer, thematische Schwerpunkte des Besuchsprogramms: Abfallwirtschaft, Mülltrennung und Recycling, Trinkwasserversorgung und Wasseraufbereitung, Nutzung und Förderung erneuerbarer Energiequellen, gemeinsame Ausschusssitzung am 24. September 2003),
- Gedankenaustausch des Umweltausschusses mit einer Delegation der Nationalversammlung der Sozialistischen Republik Vietnam im Rahmen der 27. Sitzung am 10. Dezember 2003 über umweltpolitische Fragen, insbesondere den verstärkten Einsatz erneuerbarer Energiequellen, zivilgesellschaftliche Ansätze in der Umweltpolitik sowie Möglichkeiten zur Förderung der Umwelterziehung,
- Gespräch von Mitgliedern des Umweltausschusses mit einer Delegation ukrainischer Umweltfachleute am 28. Januar 2004 über bilaterale umweltpolitische Fragen,
- Teilnahme von Mitgliedern des Umweltausschusses an der 7. Vertragsstaatenkonferenz zur Biodiversitätskonvention und der 1. Vertragsstaatenkonferenz zum Cartagena-Protokoll über die biologische Sicherheit in Kuala Lumpur (Malaysia) in der Zeit zwischen dem 16. und dem 29. Februar 2004 (vier Delegationsteilnehmer, thematische Schwerpunkte: Bedeutung ökologischer Schutzgebiete für die Erhaltung der Biodiversität, biologische Vielfalt in Bergökosystemen, Verfahrensfragen, Aufbau von Informationssystemen und Systemen der Kompetenzunterstützung zur Umsetzung des Cartagena-Protokolls und zur Entwicklung eines entsprechenden mittelfristigen Arbeitsprogramms),
- Teilnahme eines Mitglieds des Umweltausschusses an der 10. Vertragsstaatenkonferenz der UN-Klimarahmenkonvention in Buenos Aires (Argentinien) vom 13. bis zum 17. Dezember 2004, thematische Schwerpunkte: Umsetzung des Kyoto-Protokolls, Vorbereitung der 1. Vertragsstaatenkonferenz zum Kyoto-Protokoll, Fortführung des Kyoto-Prozesses,

- Gedankenaustausch zwischen Mitgliedern des Umweltausschusses und Repräsentanten des Ausschusses für Wissenschaft und Technologie des britischen Oberhauses am 25. Januar 2005 über Fragen der Energieforschung und Energiepolitik,
- Aussprache des Umweltausschusses mit Mitgliedern des Ausschusses für regionale Entwicklung, Umwelt und öffentliche Verwaltung des Parlaments der Tschechischen Republik im Rahmen der 64. Sitzung am 20. April 2005 zu Einzelaspekten der Umweltgesetzgebung, zur kommunalen Abfallentsorgung, zur Wasserversorgung und Abwasseraufbereitung, zu Fragen des Klimaschutzes sowie zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit beim Umweltschutz,
- Gespräch von Mitgliedern des Umweltausschusses mit Mitgliedern der französischen Nationalversammlung am 3. Juni 2005 zum Thema „REACH-Verordnung“,
- Gedankenaustausch zwischen Mitgliedern des Umweltausschusses und einer Delegation der Volksrepublik China am 17. Juni 2005 über Grundsatzfragen und Fördermöglichkeiten des Einsatzes regenerativer Energien.

Einen besonderen Stellenwert im Rahmen der internationalen Aktivitäten des Umweltausschusses nahm das Internationale Parlamentarier-Forum über Erneuerbare Energien ein; es fand auf Einladung des Deutschen Bundestages in Verbindung mit der von der Bundesregierung organisierten Internationalen Konferenz für Erneuerbare Energien (Renewables 2004) mit Unterstützung der Interparlamentarischen Union (IPU) am 2. Juni 2004 in Bonn statt und wurde inhaltlich wie organisatorisch maßgeblich von Mitgliedern des Umweltausschusses vorbereitet. An dem Forum haben insgesamt mehr als 300 Delegierte aus über 70 Ländern teilgenommen. Die Teilnehmer haben sich in mehreren Plenardebatten insbesondere mit parlamentarischen Initiativen zur Förderung erneuerbarer Energien in den Industrie- und den Entwicklungsländern, mit Möglichkeiten einer Nord-Süd-Kooperation in diesem Bereich sowie mit parlamentarischen Initiativen zugunsten einer internationalen institutionellen Förderung der erneuerbaren Energien befasst. Zum Abschluss seiner Beratungen hat das Internationale Parlamentarier-Forum unter der Überschrift „Erneuerbare Energien – die Jahrhundertherausforderung“ eine gemeinsame Resolution verabschiedet. Der Deutsche Bundestag hatte zur Vorbereitung des Internationalen Parlamentarier-Forums eine eigene Parlamentarische Vorbereitungsgruppe eingesetzt, die seit dem Sommer 2003 unter dem Vorsitz des Abgeordneten Dr. Hermann Scheer (SPD) in den Sitzungswochen des Parlaments regelmäßig getagt hat. Stellvertretende Vorsitzende der Parlamentarischen Vorbereitungsgruppe waren die Abgeordneten Doris Meyer (CDU/CSU) und Michaela Hustedt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). Der Umweltausschuss hat sich in zwei Sitzungen eingehend über den Stand der Vorbereitungen sowie die Ergebnisse des Internationalen Parlamentarier-Forums informieren lassen (35. Sitzung am 24. März 2004, 45. Sitzung am 29. September 2004); hierbei ging der Aussprache im Ausschuss jeweils eine ausführliche Berichterstattung durch Dr. Hermann Scheer, MdB, voraus.

Weitere Informationen zur Arbeit des Umweltausschusses in der 15. Wahlperiode sind über das Internet abrufbar ([http://www.bundestag.de/Ausschüsse/Ausschüsse der 15. Wahlperiode](http://www.bundestag.de/Ausschüsse/Ausschüsse%20der%2015.%20Wahlperiode)); in das Internet eingestellt wurden u. a. eine Übersicht über die Mitglieder des Ausschusses, die Tagesordnungen der einzelnen Ausschusssitzungen, die Liste seiner Beschlussempfehlungen und Berichte mit den entsprechenden Drucksachennummern sowie Informationen zu den öffentlichen Anhörungen des Ausschusses.